



Erstsemester-Vorlesung (an der TU München): „Wer die Studenten wie Kunden zur Kasse bittet, muss auch um sie werben“

Geist gegen Gebühr

Die deutschen Universitäten stehen vor dem Kollaps: überforderte Professoren, mittelmäßige Forschung, frustrierte Studenten, marode Gebäude – und immer weniger Geld vom Staat. Doch das Land braucht Akademiker künftig mehr denn je. Ein Ausweg aus der Misere: das Bezahlstudium.

Jens Bemme, 25 Jahre alt und Student der Verkehrswirtschaft in Dresden, wollte bei sich selbst beginnen. Vor rund einem Jahr bot er seiner Landesregierung an, für sein Studium zu zahlen – und 47 Kommilitonen unterzeichneten seinen offenen Brief. 100 Euro pro Semester wollten sie freiwillig an ihre Uni überweisen. Ihre Bedingung: Der Freistaat Sachsen solle nicht weiter an ihrer Ausbildung sparen.

Kurz darauf blickte Bemme sich dutzendfach selbst in die Augen. Sein Konterfei prangte auf Fahndungsplakaten, als läge der Campus von Dresden mitten im Wilden Westen: „Wir wollen diesen Mann geteert und gefedert!“

„Wir hatten wohl ein Tabu gebrochen“, sagt Bemme, der seit ein paar Monaten

Mitglied der Grünen ist und in seiner Cordhose und dem herbstrotten Grobstrickrolli nicht gerade wie der Inbegriff eines Aufwärtlers wirkt. „Wir waren bereit, für bessere Studienbedingungen Geld zu geben.“

Rund 700 Kilometer entfernt, ganz im Süden Deutschlands, steht Wolfgang Strocka auf einem Hügel oberhalb des Bodensees. 25 Jahre alt, Student der Verwaltungswissenschaften, leicht gegeltes Dunkelhaar, hüftlanger Trenchmantel im Farbton „Schlamm“. Mit großer Geste weist er auf die Seminargebäude aus Beton, Glas und Metall. „Die Uni Konstanz bietet so viel“, sagt er. „Der Staat kann dafür allein nicht länger aufkommen.“

An die tausend blaue Zettel hat der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU-

nahen Studentenvereinigung RCDS seinen Kommilitonen in die Hände gedrückt. Allen hunderttausend Demonstranten zum Trotz, die in den vergangenen Wochen mit „Geist ist geil“-Parolen gegen Bildungsabbau protestiert haben, hat Strocka seinen Flyer mit „Pro Studiengebühren!“ überschrieben. „Es geht nicht, dass die Küchenfrauen in der Mensa als Steuerzahler unsere Ausbildung mitfinanzieren, und wir tun nichts dazu“, erklärt er.

Bemme, der Grüne, und Strocka, der Jung-Unionist, teilen mit immer mehr Menschen unterschiedlichster politischer Lager eine Überzeugung: Es naht das Ende der Hochschulausbildung zum Nulltarif. Die SPD-Politiker Sigmar Gabriel und Ute Vogt denken darüber nach, Berlins Regie-



WOLFGANG M. WEBER

render Bürgermeister Klaus Wowereit und selbst die einst so streitlustige Asta-Vorsitzende Kerstin Griese, die heute als Sozialdemokratin im Bundestag sitzt.

Auf der Klausurtagung des SPD-Vorstands vergangene Woche in Weimar verkündeten Kanzler, Generalsekretär, Fraktionschef und Bundesbildungsministerin gar, Elite-Universitäten im Land aufbauen zu wollen – als entscheidendes Innovationsprojekt der Agenda 2010. Studiengebühren lehnt der Trupp offiziell zwar ab. Doch sollte der Kanzler seine Idee ernst

nehmen, wird er kaum daran vorbeikommen: „Eine Elite-Uni geht nicht ohne Studiengebühren“, kommentiert Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, trocken.

Außenminister Joschka Fischer sieht es genauso – und stellte sich als Vizekanzler gegen Schröder. Auf der Klausurtagung der Grünen in Wörlitz erklärte er am vergangenen Donnerstag hinter verschlossener Tür: „Ich glaube nicht, dass es auf Dauer ohne Studiengebühren geht.“

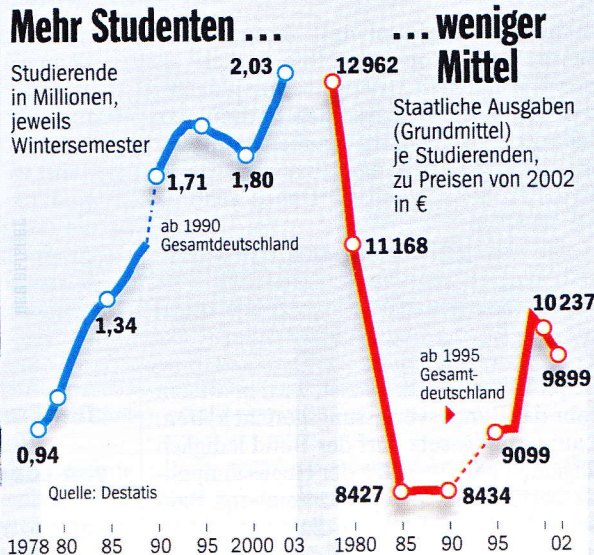
Die meisten Unionspolitiker finden Abgaben fürs Studium ohnehin sinnvoll, für die Liberalen sind sie Programm. „Schluss mit der unentgeltlichen Zweitklassigkeit“, geißelt der Präsident der TU München Wolfgang Herrmann die teuren Billig-Unis; Peter Gaetgens, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, erklärt die Abgaben für unverzichtbar.

Die Unis leiden Not – so sehr, dass es die Studenten zu Tausenden auf die winterkalten Straßen trieb. Wie Werbefachleute in einer Erlebnisagentur ersannen sie immer neue Aktionen, um das Elend wirkungsvoll ins Bild zu setzen: In Berlin hüpfen sie in eisige Gewässer, in München verteilten sie adventliche „Studienplätzchen“, in Göttingen sammelten sie sich in bunten Zweimann-Zelten zum Protest-Camping, bei Ikea in Berlin sprangen sie zum Sleep-in in die Betten. Sie demonstrierten gegen Stellenabbau, heruntergekommene Gebäude, den Mief in Bibliotheken, die desaströse Ausstattung der Labore.

Ähnliches Engagement wünscht sich mancher Professor auch im Seminarraum. Die Masse der Studenten identifiziert sich kaum mehr mit den Unis. Statt als Brutstätten des Geistes entpuppen sich die Hochschulen vor allem als Vergeudungstätten von Lebenszeit und Steuergeld. Rund 20 Prozent der Studenten verstehen die Ausbildung laut Sozialerhebung des Studentenwerks nur als Teilzeitjob – ein angehender Lehrer in Berlin verbringt im Schnitt sieben Jahre an der Uni. Europaweit Spitze sind die Deutschen nur beim Alter der Absolventen und der Studienabbruchzahl.

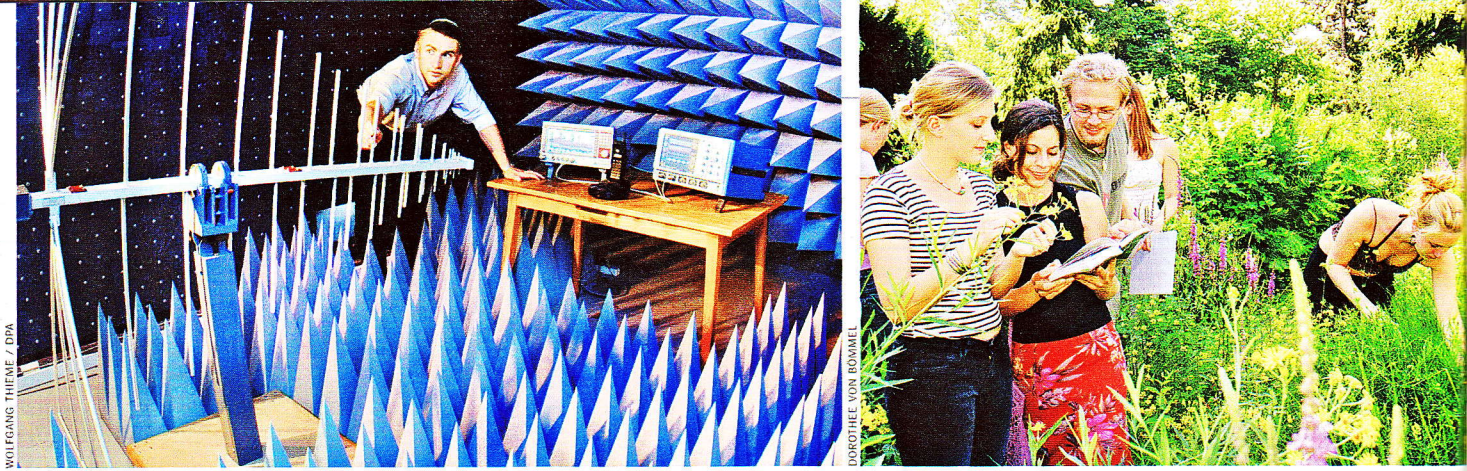
Zwar gelten Studiengebühren unter Studenten nach wie vor als Zumutung. Doch treten sie längst nicht so geschlossen auf, wie die Protestbilder Glauben machen sollen. 30 Prozent, so das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des SPIEGEL, wären bereit, immerhin 500 Euro im Semester zu zahlen – laut einer Studie vom CHE sind es sogar mehr als die Hälfte.

„Jetzt mal ehrlich“, rechnet RCDS-Mann Strocka vor, „600 Euro Semestergebühr bedeutet 100 Euro mehr im Monat oder 6000 Euro fürs ganze Studium. Macht einen gebrauchten Kleinwagen oder vier Urlaubsreisen.“ Er schüttelt den Kopf. „Das muss eigentlich jedem seine Ausbildung wert sein.“ Vor allem, wenn die Rech-



JOHANNES EISELE / DDP

Demonstration in Berlin: Solch Engagement wünscht sich mancher Professor im Seminar



Elektrotechnikstudent (in Zwickau), angehende Biologen (in Frankfurt am Main): „Sechs Wochen Ferien sind genug“

nung langfristig aufgemacht wird. Ein Akademiker profitiere immerhin lebenslang von seinem Studium, argumentierte auch Vizekanzerl Fischer in Wörlitz.

Zudem, so hoffen die Befürworter, könnten die Studienabgaben den Unis weit mehr als nur Geld bescherten. Sie eignen sich als Hebel zur Erneuerung des gesamten Systems. „Gebühren würden den überfälligen Wettbewerb zwischen den Hochschulen ankurbeln“, sagt etwa Frank Ziegele vom CHE. Wer die Studenten wie Kunden zur Kasse bitte, müsse zwangsläufig auch mit guter Lehre um sie werben.

Die Erfahrungen aus gebührenpflichtigen Ländern wie den USA hätten gezeigt: „Wenn eine Universität sich profilieren muss, stößt sie vor sich hin dümpelnde Projekte schnell ab.“ Und der Student profitiere auch psychologisch von den Abgaben: „Wer zahlt, vertrödelt sein Studium nicht.“

Eine allerdings will von alledem nichts wissen: die Bundesbildungsministerin. „Ich werde bestimmt nicht diejenige sein, die in Deutschland Gebühren fürs Erststudium möglich macht“, beteuert Edelgard Bul-

mahn und piff unlängst ihren Staatssekretär Christoph Matschie zurück, als der sich in einem Strategiepapier jüngerer Genossen dafür aussprach. Studiengebühren, so Bulmahns Glaubenssatz, sind unsozial, weil sie Kinder finanzschwacher Familien benachteiligen. Daher gehören sie verboten.

Die Ministerin meint das durchaus buchstäblich. Vor zwei Jahren veranlasste sie eine Novelle zum Hochschulrahmengesetz, die den Bundesländern untersagt, für das Erststudium Gebühren zu erheben. Ob sie damit zu weit gegangen ist, wird in diesem Jahr das Bundesverfassungsgericht klären. Laut Grundgesetz darf der Bund lediglich allgemeine Grundsätze der Hochschulpolitik bestimmen. Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das Saarland haben daher in Karlsruhe Klage eingereicht. „Der Bund hat mehr geregelt, als er darf“, meint der Leipziger Staatsrechtler Christoph Degenhardt, der die Beschwerde formuliert hat. „Wir rechnen uns gute Chancen aus.“

Sobald die Karlsruher Richter gesprochen haben, werden die Bundesländer den Studenten ans Portemonnaie gehen. In den Schubladen von Bildungsexperten und -bürokraten liegt bereits eine Menge Papier, vollgeschrieben mit unterschiedlichsten Modellrechnungen. Unsozial, beteuern die Obolus-Fans, sei allenfalls, für einen Kindergartenplatz bis zu 400 Euro im Monat zahlen zu müssen, für einen Studienplatz aber nichts – zumal auch die Gebührenfreiheit die Armen keineswegs in den Hörsaal lockt. Ganze zwölf Prozent der Kinder aus benachteiligten Familien nehmen heute ein Studium auf; deutlich weniger als in den meisten anderen Industrienationen.

Die Erfahrungen im Ausland zeigen: Der von Bulmahn befürchtete Abschreckungseffekt ist ein Phantom; die Armen bleiben auch in Gebührenländern nicht aus.

„Studiengebühren sind nicht zwangsläufig ein Angriff auf die soziale Gerechtigkeit“, fasst TU-Präsident Herrmann zusammen. Allerdings seien fünf Bedingungen ausschlaggebend für den Erfolg:

► Sozial schwache Studenten müssen die Möglichkeit haben, ihre Gebühren

erst nach dem Studium abzuzahlen, wenn sie ein regelmäßiges Einkommen haben;

- auch für ihren Lebensunterhalt müssen den Studenten großzügige Kredite gewährt werden, damit sie neben dem Studium nicht jobben müssen;
- um den Wettbewerb zu fördern, sollten die einzelnen Hochschule ihre Gebühren autonom festsetzen dürfen;
- sie müssen um begabte Studenten konkurrieren, statt sie von einer Zentralstelle zugewiesen zu bekommen;

Die Brutstätten des Geistes – Vergeudungsstätten von Lebenszeit und Steuergeld.

► und vor allem: Das zusätzliche Geld darf nicht in den leeren Kassen der Finanzminister versanden.

Wie also müssten sinnvolle Studiengebühren dann aussehen? Wie lässt sich garantieren, dass sie direkt in die Uni-Kassen fließen? Wie könnten Stipendien und Kredite aussehen – damit nicht noch mehr Studenten jobben statt zu lernen? Und wie hoch müssten die Gebühren sein, damit sich wirklich etwas ändert?

Eines ist allen bewusst: So wie bislang kann es nicht weiterlaufen. Die Hochschulen sind, nach dem Gesundheits- und dem Rentensystem, längst der dritte Sanierungsfall der Republik. Und nach der internationalen Bildungsstudie Pisa steht nun erst einmal die Förderung der Jüngsten im Mittelpunkt.

Dabei ist die Bilanz des deutschen Hochschulwesens ähnlich ruhmlos wie die miese Pisa-Platzierung. Knapp 30 Prozent der Studenten verlassen die Unis im Laufe der Ausbildung ohne Abschluss. Von den Sozialwissenschaftlern bringen laut der jüngsten Untersuchung des hannoverschen Hochschul-Information-Systems (HIS) sogar 42 Prozent ihr Studium niemals zu Ende. Als Grund für die Hochschulflucht nannten viele Abbrecher mangelnde Motivation und schlechte Studienbedingungen. Die straff organisierten Angebote vieler Fachhochschulen scheinen besser geeignet, den Nachwuchs zu halten – aber selbst dort liegt die Schwundquote noch bei 22 Prozent.

Pauken auf Pump

Beispiel eines kreditfinanzierten Studiums nach dem Dräger-Modell

DARLEHEN **6500 Euro pro Jahr**

davon für
Studiengebühr **2500 Euro**

Lebenshaltungskosten laut Bafög **4000 Euro**

Bei einem Studium über 5 Jahre ergibt sich am Studienende eine Summe von:

32 500 Euro Schulden

RÜCKZAHLUNG

8 Prozent vom durchschnittlichen Einstiegsverdienst von 37 000 Euro pro Jahr: **250 Euro pro Monat**

Nach 5 Jahren wird ein Durchschnittsverdienst von 45 000 Euro pro Jahr zu Grunde gelegt: **300 Euro pro Monat**

Rückzahlung in 13 Jahren

Angenommen sind zinsgünstige Kredite ähnlich wie beim Bafög



Anatomiekurs für Medizinstudenten (in Berlin): „Geist ist geil!“

Wahr ist aber auch: Viele Studierende fühlen sich wohl in ihrem akademischen Mikrokosmos, schieben das Examen vor sich her und genießen derweil Mensaverpflegung und Semesterticket. Um Pro-forma-Studenten zu verhindern, entschlossen sich einige Bundesländer, zumindest von jenen Immatrikulierten Gebühren zu erheben, die ihre Regelstudienzeit deutlich überschreiten (siehe Grafik). In Baden-Württemberg schrumpfte die Zahl der Hochschuldarlehensnehmer deutlich. „Die Scheinstudenten haben sich exmatrikuliert“, freute sich Wissenschaftsminister Peter Frankenberg.

Dennoch sehen die Bezahlfreunde die Strafgebühren nur als Notlösung. Weitaus wirkungsvoller seien allgemeine Gebühren: „Wer von Anfang an Geld zahlt“, so Hamburgs parteiloser Wissenschaftssenator Jörg Dräger, „der fordert Qualität von der Hochschule und versucht, zügig voranzukommen.“ Und er wird vermutlich auch kaum akzeptieren, dass seine teure Ausbildung die Hälfte des Jahres brachliegt. Monatelange Semesterferien sind im Ausland weitgehend unbekannt. Auch private Hochschulen unterrichten im Trimester-Takt – das verkürzt die Studiendauer. In Niedersachsen schaffte der damalige Wissenschaftsminister Thomas Oppermann vor zwei Jahren die Semesterferien in einigen „Turbo-Studiengängen“ ab. „Sechs Wochen Jahresurlaub sind auch für Studenten genug“, befand der Sozialdemokrat.

Statt besser, scheint alles noch schlimmer zu werden: Selbst die Landesregierung in München, die sich jahrelang als Vorreiter in Sachen Forschung und Innovation profi-

lierte, will ihren Hochschuletat um fünf Prozent kürzen. Im ausgelaugten Berlin müssen die Unis gar jeden zwölften Euro einsparen – insgesamt 75 Millionen Euro. „Wenn das so weitergeht“, klagt Ursula Lehmkuhl, Historikerin an der Freien Universität, „haben wir in zehn Jahren das Bildungsniveau eines Dritt-Welt-Landes erreicht.“

Das scheint inzwischen auch der Kanzler begriffen zu haben. Mit seinem untrüglichen Gespür für publikumswirksame Parolen hat sich Schröder entschlossen, das Superwahljahr mit einer „Innovationsoffensive“ zu bestreiten. „In einer gewaltigen Kraftanstrengung“ verspricht er, den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland vor dem Kollaps zu bewahren. Seit Wochen schon arbeiten Berater im Willy-Brandt-Haus an Strategiepapieren – offenbar ohne die

Bundesbildungsministerin. Bei der Klausurtagung in Weimar ließ Schröder eine offenkundig überraschte Edelgard Bulmahn erste Ergebnisse verkünden. Sie habe wie ein Schulmädchen gewirkt, meinte ein Teilnehmer. Kern der „Offensive“ ist die Gründung eben jener Elite-Hochschulen, über die Presse und Bildungsfunktionäre seit vergangenen Dienstag nun erhitzt debattieren. Bis zum Jahr 2010 sollen sie mit Spitzeninstituten in den USA aufgeschlossen haben. Wie das gehen soll, verschwiegen der Kanzler und seine Berater lieber.

Sie verrieten nur, dass zehn Universitäten in den Genuss gesonderter Bundesmittel für den Aufbau von Spitzenstudiengängen kommen werden. Schröder will dafür Gelder im Bundeshaushalt „umschichten“. Bildungsministerin Bulmahn kommt nun die undankbare Aufgabe zu, die Details auszuarbeiten und mit den Ländern abzustimmen – jener Ministerin, die den Etat für den Hochschulbau für 2004 wegen leerer Kassen gerade um 135 Millionen kürzen musste.

Zwar mutet es einigermaßen weltfremd an, zu glauben, die Länder würden sich Elite-Unis verordnen lassen. Es gehe nicht an, „dass der Bund ständig durchs Hintertürchen seine Kompetenzen erweitern will, aber seine Pflichten, zum Beispiel beim Hochschulbau, nicht erfüllt“, mahnt etwa der Grüne Fritz Kuhn.

Trotzdem besteht kein Zweifel: Nach Spitzen-Unis in Deutschland sehnt sich nicht nur der Kanzler. Manch Forscher träumt von einem Harvard an der Elbe

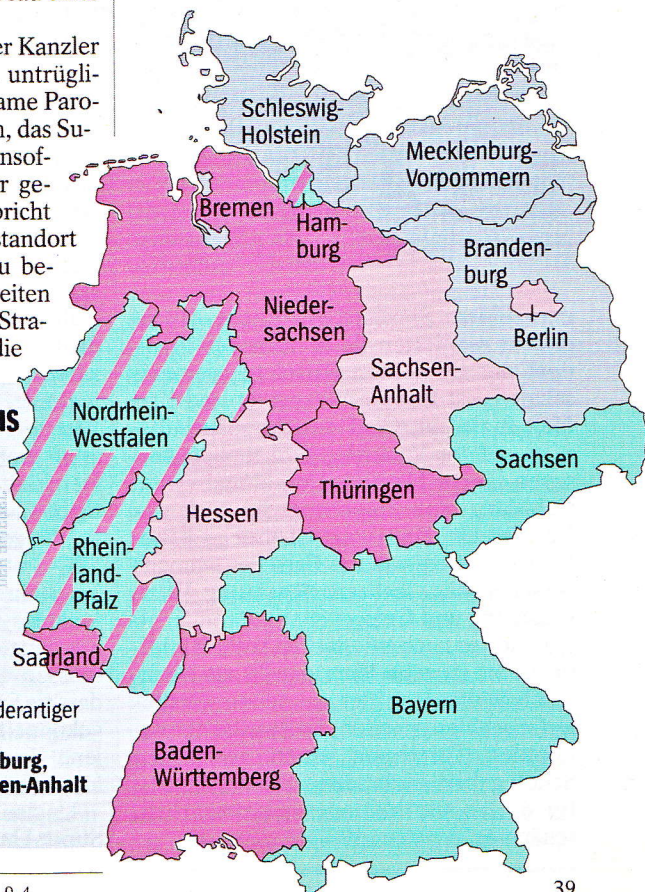
Kassieren auf dem Campus

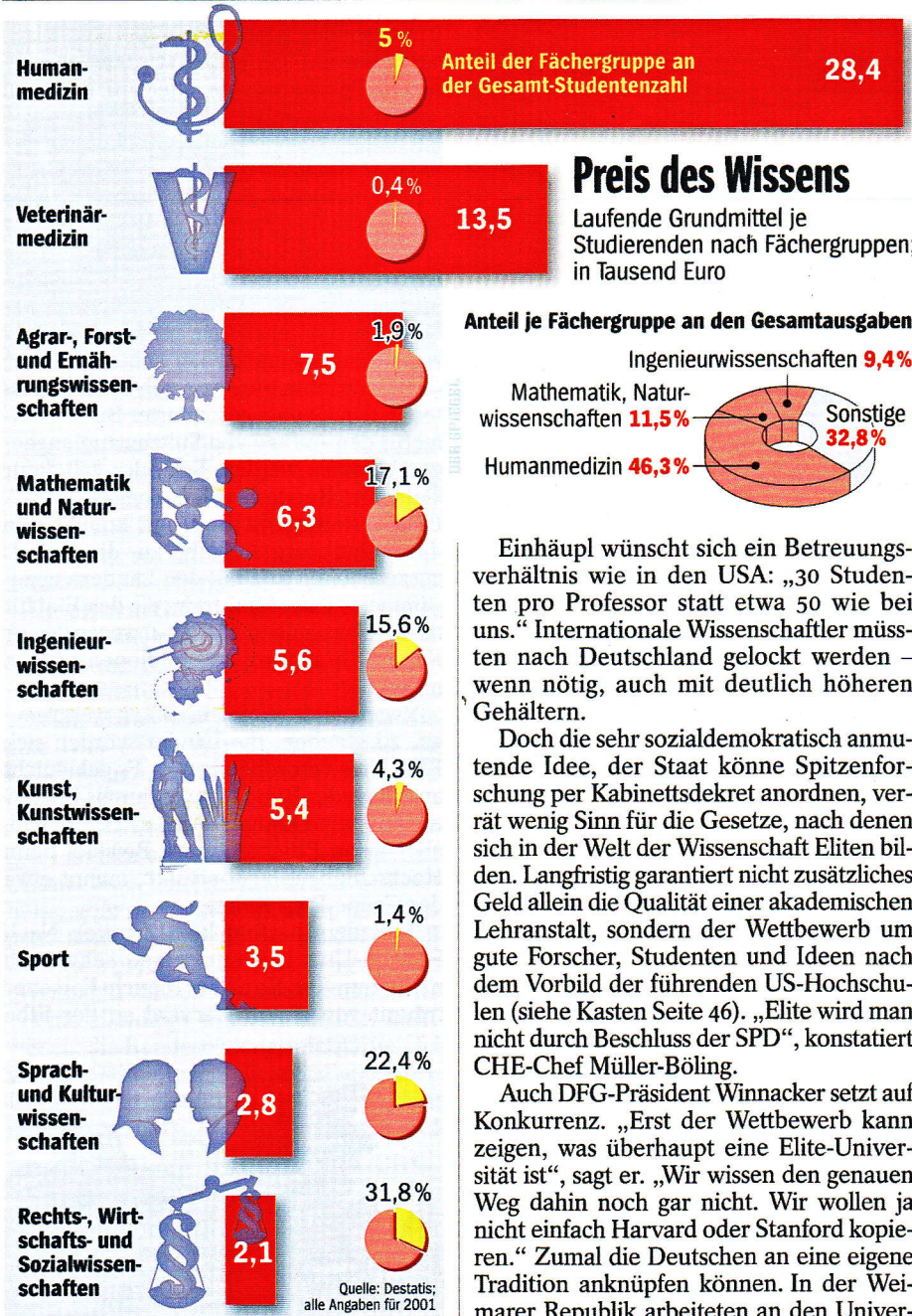
Studiengebühren für ein Zweitstudium eingeführt

Gebühren für Langzeitstudierende*
eingeführt geplant

Studienabgaben für das Erststudium sind in mehreren Bundesländern geplant. Gegen das Verbot derartiger Gebühren klagen in Karlsruhe: **Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, das Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt**

*meist bei Überschreitung der Regelstudienzeit um vier oder mehr Semester

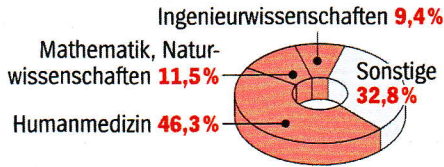




Preis des Wissens

Laufende Grundmittel je Studierenden nach Fächergruppen; in Tausend Euro

Anteil je Fächergruppe an den Gesamtausgaben



Einhäupl wünscht sich ein Betreuungsverhältnis wie in den USA: „30 Studenten pro Professor statt etwa 50 wie bei uns.“ Internationale Wissenschaftler müssten nach Deutschland gelockt werden – wenn nötig, auch mit deutlich höheren Gehältern.

Doch die sehr sozialdemokratisch anmutende Idee, der Staat könne Spitzenforschung per Kabinettsdekret anordnen, verriet wenig Sinn für die Gesetze, nach denen sich in der Welt der Wissenschaft Eliten bilden. Langfristig garantiert nicht zusätzliches Geld allein die Qualität einer akademischen Lehranstalt, sondern der Wettbewerb um gute Forscher, Studenten und Ideen nach dem Vorbild der führenden US-Hochschulen (siehe Kasten Seite 46). „Elite wird man nicht durch Beschluss der SPD“, konstatiert CHE-Chef Müller-Böling.

Auch DFG-Präsident Winnacker setzt auf Konkurrenz. „Erst der Wettbewerb kann zeigen, was überhaupt eine Elite-Universität ist“, sagt er. „Wir wissen den genauen Weg dahin noch gar nicht. Wir wollen ja nicht einfach Harvard oder Stanford kopieren.“ Zumal die Deutschen an eine eigene Tradition anknüpfen können. In der Weimarer Republik arbeiteten an den Universitäten in Göttingen, Tübingen oder Heidelberg international berühmte Gelehrte; die heutige Berliner Humboldt-Universität zählte seit ihrer Gründung 29 Nobelpreisträger – die letzte Ehrung allerdings, für Werner Forssmann, liegt 48 Jahre zurück; seine große Leistung, die Entwicklung des Herzkatheters im Selbstversuch, hatte er schon fast 30 Jahre zuvor vollbracht.

Wie gering freilich die Bereitschaft der SPD-Spitze ist, die geplanten Elite-Anstalten wahrer Konkurrenz auszusetzen, offenbarte ihre Absage an jede Form von Studiengebühren. Wirkliche Spitzen-Unis müssen auch davon Gebrauch machen, dass sie Spitzengebühren fordern können – gekoppelt mit großzügigen Stipendien für jene Hochbegabten, die sich diese nicht leisten können.

Unglaublich wird die Idee deutscher Super-Unis auch angesichts des absurd

anmutenden Zeitlimits, das Generalsekretär Olaf Scholz, getrieben von Wahlterminen und der Hoffnung auf schnelle Erfolge, schon vorgegeben hat. Die Offensive gehöre zwar zur Agenda 2010, solle aber am besten schon vorher wirken. Dieter Lenzen, Präsident der gebeutelten FU in Berlin, rechnet realistischer. Wenigstens 20 schwere Jahre stünden bevor, in denen sehr viel Geld in die Bildung gesteckt werden müsse. „Das darf keine Dreijahresaktion werden“, warnt auch DFG-Präsident Winnacker entsetzt.

Ohnehin ist die Idee abwegig, eine bloße Finanzspritze aus Berlin werde deutsches Mittelmaß schon zur internationalen Elite erheben. Denn das System krankt an weit mehr als nur an Geldnot. Es krankt auch an sich selbst: Professoren, die ihre Seminare grundsätzlich nur freitags abends anbieten, weil da keiner kommt; Studenten, die nur sporadisch in den Vorlesungen erscheinen; Berufungskommissionen, die Bewerber zu Vorträgen antanzen lassen, obwohl sie sich inoffiziell längst auf einen Nachfolger geeinigt haben; Verwaltungen, die neue Computerprogramme bereitstellen, die keiner bedienen kann.

Die staatlichen Universitäten, einst geistige Zentren des Landes, haben der Masse nicht standgehalten. Vorbei die Zeit, als der Ordinarius seine Seminarteilnehmer noch beim Namen kannte und abends zum Gedankenaustausch nach Hause lud. Mehr als zwei Millionen Studenten sind zurzeit eingeschrieben – es sollen immer mehr werden. Neueste OECD-Studien legen nahe, dass jeder Zweite studieren müsste, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. „Unter solchen Umständen kann sich unsere Gesellschaft ein kostenloses Studium schlicht nicht mehr leisten“, kommentiert TU-Präsident Herrmann.

Bisher hat kaum eine deutsche Hochschule Erfahrung mit der Alma-Mater-Maut. In den fünfziger und sechziger Jahren drückten die Studenten zwar „Hörgeld“ an die Professoren ab, die so ihr Einkommen aufbesserten. Seither allerdings fallen nur Semesterbeiträge an – meist etwa 100 Euro, oft inklusive Semesterticket für Bus und Bahn.



Bundesbildungsministerin Bulmann
Harvard an der Elbe, Stanford am Rhein?

oder einem Stanford am Rhein. Hocherfreut reagierten denn auch der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft Ernst-Ludwig Winnacker und Karl Max Einhäupl, Chef des Wissenschaftsrates, auf den Vorschlag. Einhäupl plädiert schon länger für Elite-Unis – und erntete bislang bloß Empörung. Jetzt, da der Kanzler Uni-Politik als Chefsache handhabt, erhoffen sich die Forscher, wonach sie schon lange lechzen: Beachtung, Wertschätzung und Geld.

Ginge es nach Winnacker, sollten künftig an bis zu zehn Unis jeweils 200 Nachwuchswissenschaftler in neuen Graduiertenschulen arbeiten. Das werde der nationalen Forschung einen gewaltigen Schub geben, meint der DFG-Präsident – für 60 bis 100 Millionen Euro jährlich, schätzt er.



WOLFGANG M. WEBER

Flugregelungsseminar im Simulator der TU München: „Uns geht es besser als anderswo“

Wer also wissen möchte, wie Pflichtbeiträge für jedermann wirken, muss an die Privathochschulen und ins Ausland blicken. Alle 51 privaten Unis erheben Gebühren, manchmal mehr, als sich kühnste Reformer für die Staatsbetriebe erträumen: Rund 15 000 Euro kostet das Jahr an der Bremer International University.

Bis zu 1000 Euro pro Woche sollen die künftigen Studenten der neuen European School of Management and Technology (ESMT) für einen MBA-Studiengang zahlen (Master of Business Administration) – die Kosten für die Weiterbildung tragen zumeist Wirtschaftsunternehmen. Unterrichtet werden soll im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR auf der Berliner Museumsinsel. „Trotz alledem“, steht auf dem haushohen Fensterbild mit sozialistischen Ernteszenen. Mit im Haus residiert die „School of Governance“ der Hertie-Stiftung – auch sie eine Neugründung für die künftige Elite.

Wie die exklusiven Wirtschaftsschulen beschränkt sich auch die Bucerius Law School in Hamburg auf ein einziges Fach. Seit vier Jahren werden an Deutschlands erster Privat-Uni für Rechtswissenschaft künftige Juristen ausgebildet – in edlem Ambiente für jährlich 9000 Euro Gebühren.

Im frisch sanierten Gebäude in Hamburgs Grünanlage „Planten un Blumen“ verkünden in der Eingangshalle inmitten von Tafeln mit Sponsoren-Namen große Flachbildschirme das Programm: „10 Uhr, Heinz Nixdorf Hörsaal: SPD-Generalsekretär Olaf Scholz – Juristen als Politiker“. Die Kaffee-Ecke mit den Designer-Sesseln vor dem Hörsaal heißt „Faculty Lounge“, die Bibliothek steht Tag und Nacht offen.

Rund 20 Prozent des Budgets stammen aus Gebühren, ein Drittel sollen es einmal werden. „Der wichtigste Effekt ist aber

nicht, dass wir mehr Geld haben“, erklärt Geschäftsführer Markus Baumanns, „sondern dass unsere Studenten hoch motiviert sind. Sonst würden sie nicht so viel in ihr Studium investieren.“

Die 19-jährige Christine Preuß hat schon zwei Semester in Münster hinter sich. „Ein effizientes Studium ist da nicht einfach, wenn nie genug Bücher da sind“, resümiert sie. „Hier dagegen zahle ich auch für den Service: Die Profs sind immer ansprechbar und kennen sogar meinen Namen, davon war ich am Anfang total begeistert.“

Ob sich die Investition auszahlt, weiß sie allerdings noch nicht. Noch hat kein Law-School-Student sein Staatsexamen. Und zum kommerziellen Repetitor laufen viele Elite-Studenten genauso wie ihre Kommilitonen von den Umsonst-Unis.

Eines aber ist jetzt schon gewiss: Die teuren Elite-Schmieden mit nur einer Fakultät taugen nicht als Vorbild für den Staatsbetrieb. Nur eine einzige Privat-Uni bietet größere Auswahl – und ein Bezahlmodell, das auch auf öffentliche Lehranstalten übertragbar sein könnte.

An der ältesten deutschen Privat-Universität in Witten-Herdecke schlägt ein Vollstudium mit rund 15 000 Euro zu Buche. Was Deutschlands Bildungspolitikern bevorsteht, hat Konrad Schily längst hinter sich. Vor acht Jahren verkündete der Mediziner, bis Ende letzten Jahres Präsident in Witten, seiner Studentenschaft: Ab sofort kostet die Ausbildung Geld. Zu klamm war die Finanzlage der renommierten kleinen Hochschule. „Die Studenten haben mich nicht gerade auf Händen aus dem Hörsaal getragen“, erinnert sich Schily.



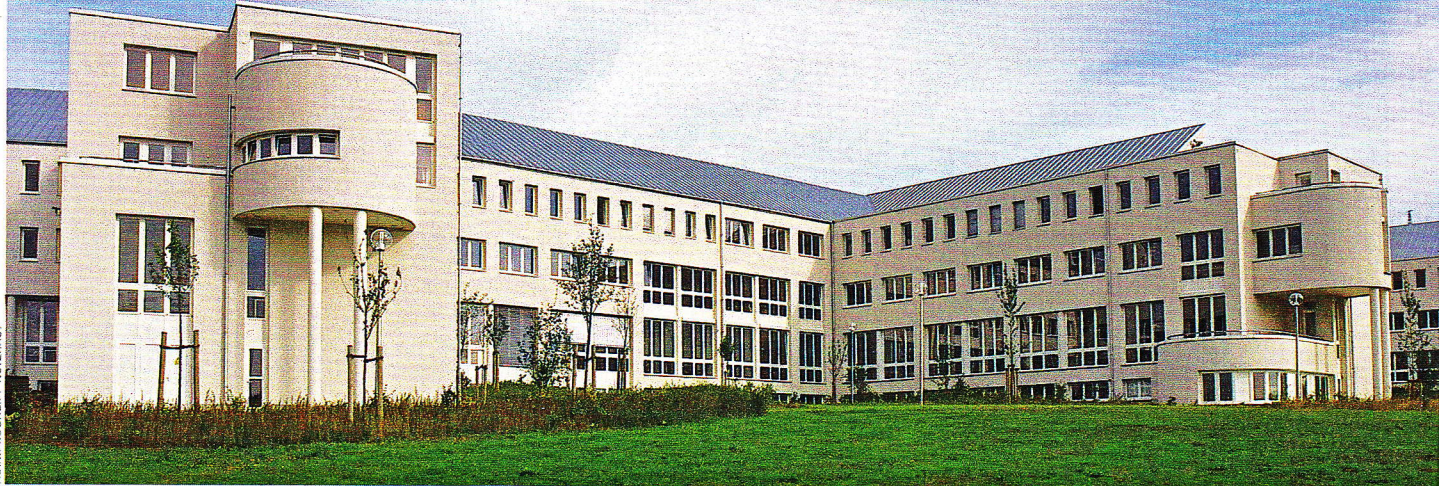
WOLFGANG M. WEBER

Reformer Herrmann (M.): Kampf gegen die Zwangsjacke

Sie liefern ihm aber auch nicht davon – vor allem, meint der Präsident heute, weil er es ihnen überließ, ein Zahlungsmodell zu entwickeln: den so genannten Umgekehrten Generationenvertrag, bei dem die Studenten ihre Gebühren selbst verwalten.

In Witten darf jeder studieren, der einen der begehrten Plätze ergattert – auch wenn er die Rate von etwa 250 Euro pro Monat erst einmal nicht zahlen kann. Die Uni kassiert, sobald aus dem einstigen Anfänger ein Arzt, Manager oder Musiktherapeut geworden ist. Ab einem Jahreseinkommen von 17 000 Euro müssen die Absolventen acht Jahre lang acht Prozent ihres Einkommens an die Hochschule überweisen. Wer viel verdient, zahlt am Ende mehr zurück, als das Studium gekostet hat – doch nie mehr als 30 000 Euro.

Im Büro der Studierendengesellschaft e. V. wacht Wirtschaftsstudent Max de Maizière zusammen mit drei Kommilitonen über jene rund zwei Millionen Euro Gebühren und Rückzahlungen pro Jahr. Derzeit machen sie sieben Prozent des Etats aus, Tendenz steigend. 17 Prozent schießt das Land Nordrhein-Westfalen zu, den Rest



Privatuniversität Witten-Herdecke: *Studenten verwalten das Uni-Vermögen, organisieren den Mensa-Betrieb, erkennen sich selbst ...*



ULRICH BAATZ

Wittener Student de Maizière
... und machen Geld daraus!

bringen Spenden, Forschungsgelder und die hochschuleigene Zahnklinik ein.

„Wir können selbst kontrollieren, dass unsere Beiträge tatsächlich bei der Hochschule landen“, erklärt de Maizière stolz. Für seinen Mitstudenten Malte Herzhoff, 25, ist die strenge Auswahl der Studenten mindestens genauso wichtig – jeder Wittener muss seinen Studienwunsch im Gespräch mit mehreren Dozenten begründen. „Wenn ich weiß, die Hochschule will mich“, meint Herzhoff, „dann erhöht das auch die Zahlungsbereitschaft.“

Die ist wegen der paradiesischen Studienbedingungen ohnehin groß: Motivierte Dozenten, die leistungsabhängig honoriert werden und nicht verbeamtet sind, unterrichten kleine Gruppen gut vorbereiteter Studenten – und die verwalten das Uni-Vermögen auch noch in Eigenregie. Sogar die Mensa wird von einer studentischen Firma geführt. Die Gebäude blitzen gepflegt, viel Glas und Holz, und wenn künftige Zahnmediziner am Modellgebiss Füllungen üben wollen, stehen sie selbst wochenlang nicht vor verschlossener Tür: Mit

einer Magnetkarte kann jeder die Labore öffnen.

Das so genannte Studium fundamentale („Stufu“) ist Pflicht – jeden Donnerstag treffen sich künftige Mediziner, Wirtschafts- und Biowissenschaftler zum fächerübergreifenden Lernen. Seminarthemen in diesem Semester: „Grundlagen der Ästhetik“ und „Erkenne dich selbst!“

Und mache Geld daraus! Das Stufu steht allen offen – und so unterweisen Wittener Dozenten die Manager großer Unternehmen etwa im Dirigieren. „Das steigert die Führungsqualitäten“, erklärt Konrad Schily und lächelt. 450 000 Euro hat die Uni im letzten Jahr durch Weiterbildung verdient.

Schily ist zuversichtlich, dass auch eine große Staats-Uni mit einem ähnlichen Konzept des selbständigen Wirtschaftens zu Rande käme. „Wenn die staatlichen Hochschulen selbst alle Finanzhoheit bekommen, läuft manches anfangs vielleicht schief“, sagt er. „Aber langfristig würden sie damit besser fahren.“

Noch fehlt den staatlichen Unis zwar die Erfahrung mit dem Studentengeld – doch Vorschläge, wie die Gebühren aussehen könnten, gibt es reichlich.

Die wohl ehrgeizigste Rechnung machte im vergangenen Jahr der Hamburger Senator Jörg Dräger auf (siehe Grafik Seite 38). Der smarte Physiker, der erst nach dem Vordiplom an die New Yorker Cornell University fortzog und sich dort, wie er sagt, „als das Kapital der Hochschule“ fühlte, möchte bis zu 2500 Euro jährlich von den deutschen Studenten verlangen. Die Hochschulen könnten so Mehreinnahmen von 3,5 Milliarden Euro pro Jahr einstreichen.

Damit sich jeder eine akademische Ausbildung leisten kann, schlägt Dräger statt des herkömmlichen Bafögs ein Darlehenssystem vor. Zusätzlich zu den Gebühren sollen Studenten bis zu 4000 Euro jährlich aufnehmen können – das entspricht etwa dem durchschnittlichen Bafög-Zuschuss. Der Zuschuss zur Lebenshaltung ist Dräger wichtig: „Ein Student muss in seine Ausbildung, aber auch Miete, Essen und Kinokarten bezahlen können.“

Zurückzahlen würden die künftigen Absolventen nach dem Studium: Acht Prozent ihres Einkommens flössen an den

Staat. Bis die ersten ihren Job antreten, müsste der Staat die Darlehen vorfinanzieren, so wie er es heute schon bei den 452 000 Bafög-Empfängern tut.

Was bereits wesentlich bescheidenere Beiträge bewirken könnten, hat CHE-Forscher Ziegele am Beispiel zweier real existierender Unis ausgerechnet. Bei einer Pauschalgebühr von 1000 Euro pro Jahr – das entspricht der Summe, die Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel vorschwebt – könnte die Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg demnach nicht nur 300 neue Wissenschaftliche Mitarbeiter einstellen, sondern gleich noch die Zahl der Tutoren verdoppeln. Und Bayreuth hätte plötzlich zweimal so viel Geld für die Lehre. Die Zahl der Mitarbeiter könnte um 30 Prozent steigen.

Das reicht durchaus für ein bisschen Reform, glaubt Ziegele. Zusätzliche Dozenten könnten für kleinere Lerngruppen sorgen, statt Frontalunterricht Fallstudien Seminare angeboten werden, mit neuen Hiwis die Bibliotheken länger öffnen. Und vielleicht blieben auch noch ein paar Euro, um Gastdozenten aus der Wirtschaft zu verpflichten – das brächte mehr Praxis ins Studium.

„Die Voraussetzung für alle Gebührenmodelle ist jedoch ein Kostenbewusstsein in den Hochschulen“, sagt der Münchner TU-Präsident Herrmann. „Und das ist



Aufnahmeprüfung an der Bucerius Law School,

komplett unterentwickelt. Alle Beteiligten haben sich zu lange auf die allumfassende Staatsfürsorge verlassen.“

Herrmann sieht darin eine „Zwangsjacke“, gegen die er kämpft, seit er 1995 sein Amt antrat. „Wir müssen uns endlich emanzipieren“, fordert er. In Verhandlungen mit Minister Goppel ringt der Präsident um Eigenständigkeit: Auch staatliche Universitäten sollten künftig allein über ihr Personal entscheiden, selbständige wirtschaften und Stellen nach Bedarf besetzen können. „Ein Tutor in Ostasiatischer Kunstgeschichte, der im Stellenplan steht, nützt mir nichts, wenn ich für Mathematik jemanden brauche“, schimpft er.

In seinen vier Wänden hat Herrmann schon viel erreicht. Das weitläufige Büro mit Blick auf die Alte Pinakothek erinnert an eine Vorstandsetage: strahlender Holzboden, behäbiger Schreibtisch, straffe Organisation um ihn herum, er selbst in Dreiteiler und Manschettenknöpfen; Mitarbeiter reichen Notizen herein oder mahnen zum nächsten Termin.

Als erste staatliche Hochschule hat sich die TU eine „unternehmerische Verfassung“ gegeben, wie Herrmann sagt – ermöglicht hat sie die Experimentierklausel im Bayerischen Hochschulgesetz. Ein illustrierter Hochschulrat mit Ex-Bundespräsident Roman Herzog und VW-Chef Bernd Pischetsrieder kontrolliert gemeinsam mit den gewählten Professoren, Dozenten und Studenten im TU-Senat die Hochschulleitung. „Die könnten mich sogar abwählen“, sagt Herrmann stolz. „Und wenn ein neuer Professor kommen soll, entscheiden sie ohnehin mit.“

Niemand außer den C4-Professoren bekommt mehr lebenslange Berufungszusagen; die Professoren dokumentieren Lehre und Forschung, Kosten und Effizienz der Abteilungen werden kontrolliert. Die Dozenten, nicht die Computer der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, suchen die Studenten aus – zumindest für zehn Fächer. Rund 20 Minuten dauert

ein Bewerbungsgespräch. „Das ist auch ein Zeichen von Respekt“, sagt Herrmann. „Die Bewerber fühlen sich in ihrem Interesse ernst genommen.“

Und dafür sollen sie in Zukunft auch zahlen. Im nächsten Semester schon wollte Herrmann Mathe und Chemie eigentlich zu Bezahlfächern machen. Nun wartet er ungeduldig auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Jedes Fach sollte seinen eigenen Preis haben, meint er, als Gegenleistung für Betreuung, Fachexkursionen, Beratung und studienfördernde Jobvermittlung: „Ein angehender Architekt jobbt besser beim Bauamt als bei McDonald's.“ Zudem solle die Uni Dienste wie Wohnungsvermittlung parat halten.

Und wie teuer wäre ein Platz – etwa im Fach Bioverfahrenstechnik? Eine Obergrenze mag der Präsident nicht nennen. Klar müsse nur sein, dass mangelnde Nachfrage nicht zum Aussterben von Exotenfächern wie Ostasiatischer Kunstgeschichte führen dürfe: „Der Staat muss einen Standard garantieren.“

Zudem will Herrmann die Vermögenden im Land in die Verantwortung nehmen. „Sobald das Prinzip Leistung und Gegenleistung zählt, werden sich private Mäzene wie in den USA finden“, sagt er. „Mit dem unprofitierten Mittelmaß von heute lassen sich die Reichen nicht locken“, meint der Präsident und verweist stolz darauf, dass er schon 85 Millionen Euro Spenden für seinen Betrieb eingeworben hat.

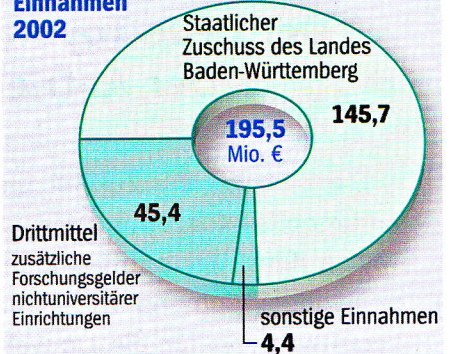
„Uns geht es besser als anderswo“, meint auch Björn Klotzbücher. Der Studentenvorsteher im TU-Senat gehört dem „ExcellenTUM“ an, einer Kommission, die Reformideen sammelt – auch zum Thema Studiengebühren. Doch sollten die Beiträge bloß der Sanierung maroder Staatskassen dienen, will auch der Muster-Uni-Repräsentant „auf die Barrikaden“ gehen. „Sonst können wir gleich in den Ländern studieren, in denen wir mehr für unser Geld bekommen.“

Im größten Teil Europas müssen Studenten für ihr Studium blechen; ebenso in

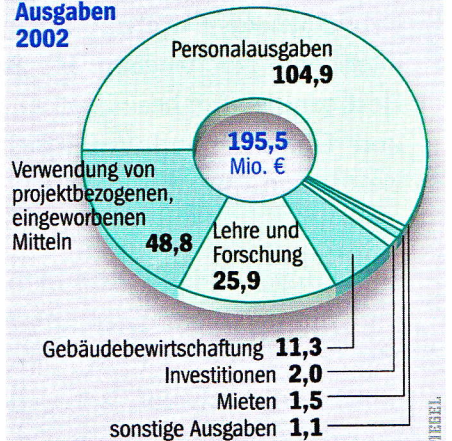
Unternehmen Uni

Hochschulfinanzierung am Beispiel der Eberhard Karls Universität Tübingen* 2002 in Mio. €

Einnahmen 2002



Ausgaben 2002



* ohne medizinischen Fakultät, Quelle: Uni Rechenschaftsbericht

HEER SPIEGEL

den USA, Australien und Kanada (siehe Grafik Seite 49). Nahezu überall hat das Studentengeld Angebot und Anspruch der Hochschulen verändert.

In Australien machte Ende der achtziger Jahre ausgerechnet eine Labour-Regierung Schluss mit dem Gratis-Curriculum. Heute kassieren die Unis Jahr für Jahr fast eine Milliarde Euro Gebühren – mehr als ein Drittel ihrer Gesamteinnahmen.

In erster Linie aber ist Bildung seither zur Devisenquelle geworden. Denn ausländische Gäste zahlen höhere Beiträge als Landeskinder. Trotzdem drängen sie vor allem aus dem benachbarten Asien zuhauf ins Land der Kängurus. Ein Auslandsstudium gilt als Voraussetzung für den sozialen Aufstieg. Sogar als Exportschlager taugt das Studium made in Australia. Viele Unis unterhalten Außenstellen in Singapur, Malaysia oder Hongkong – und kassieren dort.

Das ferne Land dient vielen Gebühren-Freunden auch deshalb als leuchtendes Beispiel, weil es den heimischen Studenten eine besondere Finanzierung anbietet. Während ausländische Studenten bis zu 24.000 australische Dollar (etwa 14.600 Euro) abdrücken müssen, zahlen heimische Hoch-



Studentin Preuß (M.): „Die Profs kennen sogar meinen Namen“



ED KASHI / AGENTUR FOCUS

Hochschulabgängerinnen (in Stanford): Die Uni schätzt Genie mehr als Geld

schüler weniger als ein Drittel. „HECS“ heißt ihre Eintrittsformel: „Higher Education Contribution Scheme“. Die Gebühren sind erst nach dem Abschluss fällig und werden ab einem bestimmten Einkommen zusammen mit der Lohnsteuer eingetrieben.

„HECS ist ein gerechtes System“, meint Bruce Chapman, Wirtschaftsprofessor an der Australian National University in der Hauptstadt Canberra und Erfinder des Konzepts. „Es verlangt nur von denen etwas, die es auch geben können.“

Eine Tücke allerdings hat das Modell; HECS-Plätze werden nach Begabung vergeben, bei den so genannten Full-Fee-Plätzen entscheidet der Geldbeutel. Wer den vollen Satz zahlt, muss seine Intelligenz nicht unter Beweis stellen. Ursprünglich sollten Ausländer die Vollzahlerplätze besetzen, doch die Quote für Australier, die ihren weniger betuchten Kommilitonen den Platz wegschnappen, wurde angehoben und liegt nun bei 25 Prozent.

„Bildung ist in Australien eine Ware“, sagt Petra Lietz von der privaten International University Bremen. Die Bildungsforscherin hat selbst Down under studiert und gelehrt – und musste sich auf die Ansprüche der zahlenden Kundschaft erst einmal einstellen.

Mehr als 50 Prozent ihrer damaligen Studenten an der Central Queensland University zahlten den vollen Satz. „Die haben viel mehr gefordert als die HECS-Studenten“, erinnert sich die Professorin. „Ich konnte mir nicht fünf Minuten vor der Vorlesung überlegen, was ich erzählen will.“ Regelmäßig beurteilen die Hochschul- ihre

Dozenten und deren Service. Wer eine Frage an seinen Professor hat, muss innerhalb von 24 Stunden eine Antwort bekommen.

Der Professor als Dienstleister – für Studenten ein himmlischer Zustand. „Ich fühlte mich wie eine umschmeichelte Kundin“, schwärmt die 25-jährige Annika Feltnus aus Mainz. Ein Semester verbrachte die BWL-Studentin an der Universität Adelaide im Süden Australiens. Dort begrüßt der Bürgermeister die Gäste persönlich, eigens ausgeliehene Kängurus und Koalabären sorgen für landestypische Atmosphäre. Professoren bitten ihre Seminargruppen zum Essen zu sich nach Hause; Dozenten

Am Rande der Stadt Coventry liegt die britische Antwort auf das MIT.

verteilen wie selbstverständlich ihre Handy-Nummern in der Studentenschaft.

Gebühren allein, auch das zeigt die Erfahrung im Ausland, vermögen die Hochschulen indes nicht zu retten. In Großbritannien etwa darben die Universitäten, obwohl seit 1998 jeder Student bis zu 1125 Pfund (rund 1600 Euro) im Jahr zahlen muss – nach dem ersten Abschluss, dem Bachelor, sogar noch mehr. Im Gegenzug sanken unter der Blair-Regierung die Pro-Kopf-Ausgaben für die Studierenden. Rund 18 Milliarden Euro wären Schätzungen zufolge nötig, um die Universitäten auch nur auf den Stand von 1992 zurückzubringen. Die Unis, so Tony Blair, könnten ja künftig mehr verlangen. Ab 2006 möchte er Gebühren bis zu 3000 Pfund (rund 4300 Euro)



Studentendemonstration im australischen Sydney: *Der Professor als Dienstleister – ein himmlischer Zustand*

im Jahr kassieren. Doch selbst unter solchen Umständen sind bemerkenswerte Erfolge möglich. „Wir gehen längst unseren eigenen Weg“, erzählt Sir Kumar Bhattacharyya mit selbstbewusstem Lächeln. Über die University of Warwick, an der er Fertigungstechnik lehrt, berichtet er genau das, was der deutsche Reformherrmann für seine TU in München erreichen möchte: „Wir sind eine unternehmerische Uni.“

Für die Manufacturing Group (WMG), die Bhattacharyya als „britische Antwort auf das MIT“, das Massachusetts Institute of Technology bei Boston, gegründet hat, arbeiten auch Studenten in China, Indien oder Südafrika. Für Landrover, British Aerospace und Rolls-Royce erforschen sie neue Kunststoffe oder etwa Aluminium-Verbindungen: In einer großen Halle auf dem Campus werden gerade drei Roboter für die Produktion von Alu-Autos getestet. 30 Millionen Pfund steckt die Industrie in diese Uni-Forschung.

„Hier gibt es ständig Nachschub junger, talentierter und ehrgeiziger Leute“, begeistert sich der gebürtige Inder. Gelingt den Akademikern ein Coup, entlohnt die Industrie sie wie ein privates Forschungsinstitut. „Firmen haben mehr Vertrauen in uns, weil wir nicht als Privatpersonen Gewinn machen wollen“, meint er.

120 Millionen Pfund hat allein die WMG seit ihrer Gründung vor zwei Jahrzehnten eingespielt. Und auch sonst hat sich die Uni bei Coventry zu einer Art Profit-Center entwickelt: Managementkurse – unter

anderem ein Wirtschaftsdiplom für die Trainer britischer Fußballmannschaften –, Wohnheime für ein Drittel der etwa 16 000 Studenten, ein Supermarkt, ein Kino- und Theater-Center, Konferenzhäuser mit Hotelbetrieb. Alle Gebäude gehören der Uni und bringen Geld. 65 Prozent ihres Etats erwirtschaftet sie selbst, ein gutes Drittel davon durch Studiengebühren, die rund 50 Millionen Pfund im Jahr ausmachen.

Anfangs blickten die Kollegen skeptisch nach Warwick. „Viele glaubten, dass Aka-

Geld verdienen mit Wirtschaftsdiplomen für Fußballtrainer, Supermarkt und Hotelbetrieb.

demiker sich zwangsläufig bereichern, sobald die Industrie mitspielt“, erinnert sich der amtierende Vizekanzler Stuart Palmer. Die Kritiker sind verstummt: In der Rubrik „Qualität der Forschung“ steht Warwick im „Research Assessment Exercise“-Ranking auf einem der ersten Plätze – inmitten berühmter Namen wie der University of Cambridge, der London School of Economics oder der University of Oxford. In der Rubrik „Lehre“ erhielten 25 von 26 Warwick-Fächern eine der beiden Bestnoten.

Die Motivation zu Leistung liegt im System: „Die meisten Projektideen der Ingenieure und Naturwissenschaftler sind ziemlich anwendungsorientiert“, so hat es der 22-jährige Physiker Christoph Sohrmann beobachtet, der von Chemnitz zur Dok-

torarbeit auf die Insel gezogen ist. „Sonst haben sie wenig Chancen.“

Auch die Lehre unterliegt einer besonderen Prüfung. Neuerdings benennen Studenten und Dozenten Kandidaten für den „Warwick-Preis für gute Lehre“. 2003 hieß eine der Siegerinnen Erica Carter – eine Germanistin. „Das Besondere an Warwick?“, sagt sie. „Alle Fakultäten haben einen ähnlichen Stellenwert. Auch diejenigen, die kein Geld bringen.“

Die Einnahmen aus den Profit-Centern kommen allen Warwickern zugute. „Wir haben bislang jeden Cent in Bauten, Ausstattung und Personal gesteckt“, sagt Vizekanzler Palmer. Carters Forschungsstelle etwa wurde eine Zeit lang von den Wirtschaftswissenschaftlern bezahlt. „Eine Gesellschaft braucht nicht nur Ingenieure und Ökonomen“, kommentiert Palmer diesen Kurs und fährt fort: „Und kein Student darf aus Geldnot scheitern.“ Sollten die Gebühren steigen, will er ein Drittel der Neueinnahmen für zusätzliche Stipendien nutzen.

Auch niederländische Hochschulen kassieren Gebühren, die sogar etwas höher sind als die britischen. Ein System aus leistungsabhängiger Förderung für die Studenten und finanziellen Anreizen für die Hochschulen soll seit Jahren dafür sorgen, dass Studenten ihre Ausbildung in der Regelstudienzeit beenden.

Für die Hochschulverwalter sind die Beiträge eine Selbstverständlichkeit. Fanny Geurts, 24, muss erst mal überlegen, was ihre Kur-



Institutsbesucher Blair*: Forschen für Landrover und Rolls-Royce

se in Kommunikationswissenschaft an der Universität von Twente in Enschede sie eigentlich genau kosten – „1500 Euro jährlich“, sagt sie schließlich. „Es gibt die Gebühren eben. Wir kennen das nicht anders.“ Der Beitrag sei wichtig für die Hochschulen, erklärt Geurts voller Verständnis, und es gebe ja auch was fürs Geld: „In vielen Seminaren sitzen wir mit nur 10 oder 15 Leuten, und die Lehrenden geben sich Mühe.“

13 Prozent steuern die Studenten zum Lehrbudget bei – allerdings unterstützt sie der Staat zugleich: Bis zu 450 Euro beträgt die Ausbildungsbeihilfe, abhängig von der Wohnsituation und dem Einkommen der Eltern. Zusätzlich können alle Hochschüler niedrig verzinsten Darlehen aufnehmen. „Und wenn ich weiß, jetzt kommt ein teurer Monat, kann ich sogar kurzfristig erhöhen“, freut sich Geurts.

Die Unis sind dabei in doppelter Hinsicht abhängig von ihren Studenten: Zum einen fließen die Gebühren direkt in den Topf der jeweiligen Uni. Zudem richten sich aber auch staatliche Zuschüsse nach der Zahl der Erstsemester und der Abschlüsse. Deshalb bemüht sich jede Hochschule, die Abbrecherquote niedrig zu halten. „Je mehr Studenten

eine Uni hat, desto mehr Zuschüsse und Gebühren bekommt sie“, erklärt der Bildungsökonom Hans Vossensteyn von der Universität von Twente, „da ist es selbstverständlich, dass sie um Kundenschaft konkurrieren.“

Ganz anders dagegen sieht es in Österreich aus. Dort lässt sich derzeit beobachten, was geschieht, wenn eine Regierung allein aus finanzieller Not Uni-Gebühren erhebt. Praktisch über Nacht beschloss der Nationalrat, fortan entgeltlich büffeln zu lassen. Was die Studenten besonders empört: Ein

großer Teil ihrer Beiträge wurde bislang unmittelbar im Staatshaushalt versenkt.

Derzeit kostet die Akademiker-Ausbildung im Alpenland 727 Euro pro Jahr – eine Blitzaktion, die selbst unter glühenden Bezahl-Fans wenig Anhänger findet. „Das war ein klarer Vertrauensbruch. Für einen lächerlichen Effekt ist sehr viel Porzellan zerschlagen worden“, zürnt Hans Pechar vom Wiener Institut für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF). Der Hochschulforscher hat 1995 selbst ein Modell für kreditfinanzierte Beiträge entwickelt. Im Reformkonzept von Wissenschaftsministerin Elisabeth Gehrer (ÖVP) kann er davon nichts entdecken.

Alle Effekte, die sich Hochschulreformer vom Studentengeld erhoffen, blieben in Österreich aus. „Selbst die Gebühren, die an den Unis ankommen, gleichen nur Kürzungen aus“, klagt Pechar. Und die Politik habe nicht überlegt, was das zusätzliche Geld eigentlich bewirken solle.

Die Misere haben die Gebühren in keiner Weise gelindert. „Unsere Mathematikvorlesung wird in einem Kinosaal in der Stadt abgehalten“, berichtet Stefan Tacha, BWL-Student im ersten Semester. „An der Uni ist kein Platz dafür.“ Doch selbst das Kino sei brechend voll. „Aber bei wem kann ich mich beschweren?“

Tachas Kommilitonin Sonja Hödl hat das bereits an höchster Stelle versucht. In ihrem Fach, der internationalen Betriebswirtschaft, rangeln im Seminar 450 Hauptfachstudenten um 50 Plätze. „Als ich meinen Wunschkurs nicht bekam, habe ich an den Professor, den Rektor und Ministerin Gehrer geschrieben“, berichtet Hödl, „schließlich kriegen die Geld von mir.“ Von der Ministerin kam gar keine Antwort, Rektor und Professor bekundeten Freude „über das Engagement“.

Allein im Büro des Wiener Rektors Georg Winckler liefen im vergangenen Jahr rund 500 Beschwerdeschreiben von Hochschülern auf. „Es ist doch gut, wenn das Interesse an der Lehre steigt“, findet Winckler. „Ich nehme die Briefe sehr ernst.“

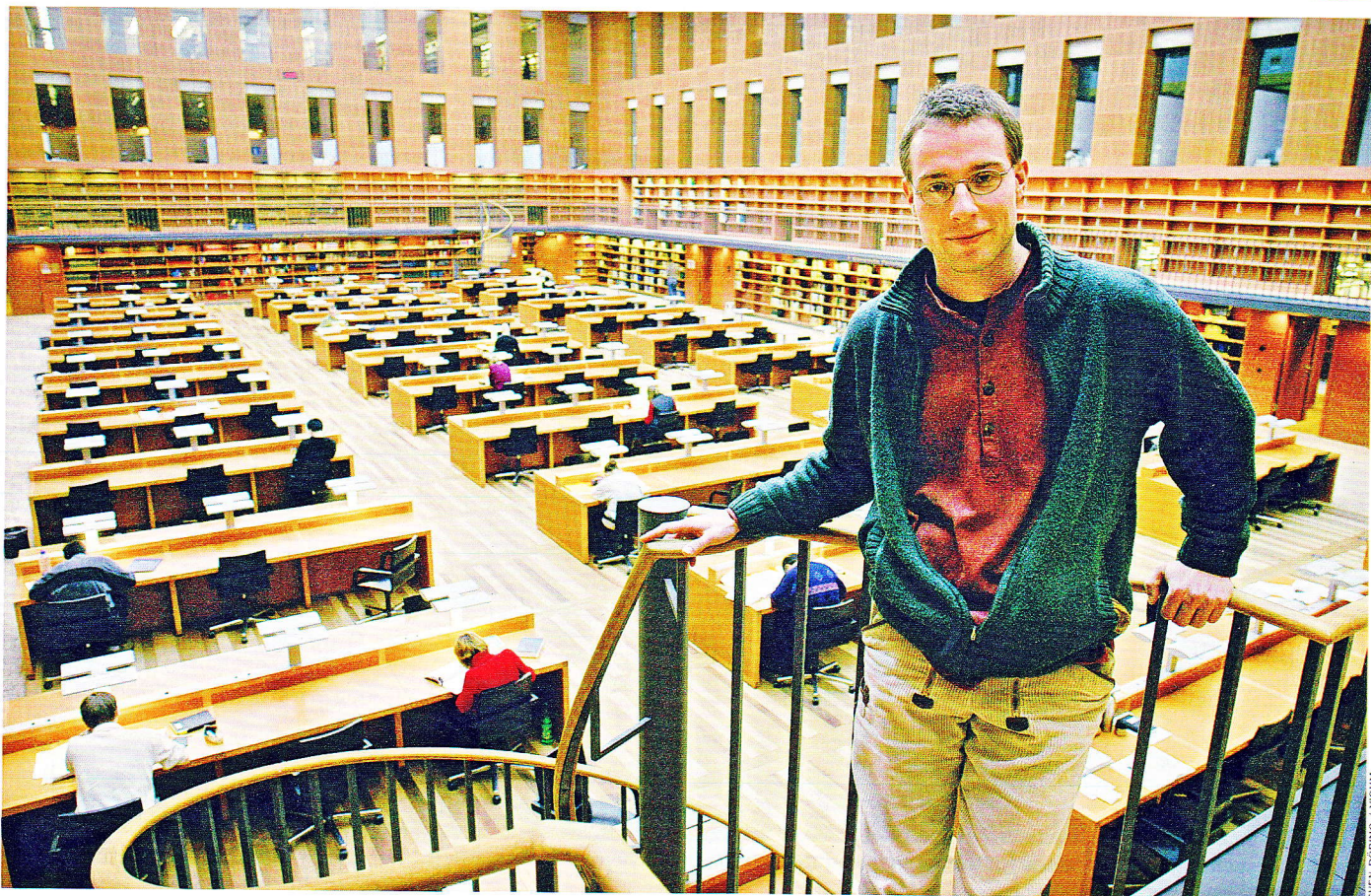
Ein bisschen mehr als das erhoffen sich die deutschen Reformer dann doch für ihre Hochschulen. Die Patentrezepte dafür glauben sie zu kennen: Unternehmertum wie im englischen Warwick, mehr Service wie an den Privatschulen, mehr internationaler Wettbewerb wie in Australien, motivierte Studenten durch freundlichen Leistungsdruck wie in den Niederlanden.

Doch die Angst vor fruchtlosen Hauruck-Aktionen wie in Österreich vereint im Augenblick Kritiker und Fans. Für ein gegenfinanziertes Modell nachlaufender Gebühren bleibt keine Zeit, wenn unmittelbar nach dem Karlsruher

Studiengebühren an staatlichen Hochschulen

	Studiengebühren pro Jahr in Euro	Typisches Abschlussalter nach Diplommstudiengängen (5 bis 6 Jahre)
USA	4230 bis 7200	nicht vergleichbar
Australien	2200 bis 3700	nicht vergleichbar
Großbritannien	1600	23
Niederlande	1445	23
Österreich	727	23
Belgien	726	24
zum Vergleich:		Quelle: OECD
Deutschland	keine	26

* Mit Manufacturing-Group-Leiter Bhat-tacharyya (l.) in der University of Warwick.



Dresdner Student Bemme (in der Uni-Bibliothek): „Bloß demonstrieren bringt nichts“

Urteil die Finanzminister die Hand aufhalten. Dann verschwände das Geld womöglich auf Nimmerwiedersehen in die Landessäckel. Gedient wäre letztlich niemandem. „Der Gebührenstart in Österreich ist ein Lehrstück dafür, wie man es nicht machen sollte“, erklärt Forscher Pechar bedauernd.

An Vorboten einer solchen Entwicklung mangelt es nicht. Schon in seiner Zeit als Ministerpräsident im studentenreichen Nordrhein-Westfalen plante Wirtschaftsminister Wolfgang Clement pralle Verwaltungs- und Einschreibengebühren. Verwendungszweck: Clement wollte Haushaltslöcher stopfen. Kanzler Schröder sprach damals ein Machtwort, er stand mitten im Bundestagswahlkampf.

Clements Genosse Wowereit versucht sich in Berlin gerade an einem ähnlichen Streich. Der Regierende Bürgermeister tut erst gar nicht so, als sollten die Unis den Gebührenschatz zusätzlich erhalten. Er will seinen Sparkurs ausgleichen. Der Stadtstaat könne nicht noch mehr Milliarden in die maroden Hochschulen pumpen.

„Noch vor fünf Jahren wäre es leichter gewesen, Gebühren durchzusetzen, die nicht von den Finanzministerien, sondern von den Hochschulen selbst gestaltet worden wären“, glaubt der Gütersloher Forscher Ziegele. „Damals war mir bei der Debatte wesentlich wohler.“

Dass ihr Geld gut angelegt würde für hilfsbereite Tutoren, Dozenten und neue Computer, ist die Bedingung für Hochschüler wie Bemme und Strocka, die sich eine Eigenbeteiligung vorstellen können. Versanden die Mittel dagegen im Staatsbudget, schwindet der Rückhalt auch in der Professorenschaft. „Wenn Gebühren nicht die Lehre verbessern, sind sie eine reine Strafaktion. Ihr Zweck wäre total verfehlt“, sagt Rektorenchef Gaehtgens.

Auch klug eingesetzte Gebühren werden die siechen deutschen Hochschulen nicht über Nacht in Oasen der Glückseligkeit verwandeln. Doch sie können den

„Der Start in Österreich ist ein Lehrstück dafür, wie man es nicht machen sollte.“

Staatsbetrieben den überfälligen Anstoß liefern, sich gründlich zu reformieren.

Für die künftigen Studentenkunden stellen sich dann ganz neue Fragen: Was bieten die Lehranstalten? Woran lässt sich erkennen, ob eine Hochschule das Geld auch wert ist? Wo lehrt das engagierteste Personal? Wo kann man schnell studieren? Im Auftrag von Ministerin Bulmahn erarbeitet der Wissenschaftsrat derzeit Kriterien für ein bundesweites Uni-Ranking – eine mögliche Entscheidungshilfe.

Noch ist unklar, ob die einzelne Hochschule, das jeweilige Land oder gar alle zu-

sammen über Gebührenhöhe und Finanzierungsmodelle entscheiden. „Der Wettbewerb um die beste Lösung ist ja schön im Föderalismus“, findet CHE-Forscher Ziegele, „wichtig ist trotzdem, dass die Lösungen bei alledem noch so transparent sind, dass jeder Student problemlos das Bundesland wechseln kann.“

Bis zum Verdikt der Karlsruher Richter wollen Gaehtgens und seine Hochschulrektoren eine Position festlegen – damit der Verteilungskampf nicht ohne sie losgeht. Dass die allgemeine Finanzkrise die Reform diktiert, sei zwar unglücklich. „Aber es gibt keine Alternative zu allgemeinen Gebühren. Nun passiert eben das Richtige aus den falschen Beweggründen.“

Jens Bemme wenigstens treiben weiterhin die richtigen Gründe: Nach dem ersten Schrecken startete der Dresdner sein „unternehmen selbst!beteiligen“: Er richtete ein Notarkonto für die Beiträge zahlungswilliger Studenten ein – die ersten 1700 Euro reichten aus, um Putzdienst, Wacheleute und Aufsicht in der Staats- und Universitätsbibliothek während der Examenszeit an drei Sonntagen zu entlohnen und den Computer-Pool täglich eine Stunde länger zu öffnen.

Nun sammelt er wieder. „Bloß zu demonstrieren, bringt nichts“, meint er, „Mitte Januar beginnt hier die Hochphase der Prüfungsvorbereitung.“

JULIA KOCH,
KATJA THIMM